

**Hebesatzsatzung
der Ortsgemeinde Steinwenden über die Festsetzung der Hebesätze
und Beitragssätze für das Jahr 2025
(Hebesatzsatzung) vom 03.12.2024**

Gemäß § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) i. V. m. § 25 des Grundsteuergesetzes (GrStG) vom 07.08.1973 und § 16 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) in der Fassung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), und § 11 des Kommunalabgabengesetz (KAG) vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175) in den jeweils geltenden Fassungen, hat der Ortsgemeinderat in seiner Sitzung am 03.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Erhebungsgrundsatz**

Die Ortsgemeinde Steinwenden erhebt von dem in ihrem Gebiet liegenden Grundbesitz eine Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes, eine Gewerbesteuer nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes und einen Feld- und Waldwegebeitrag nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes.

**§ 2
Realsteuerhebesätze**

Die Ortsgemeinde Steinwenden setzt die folgenden Hebesätze für das Jahr 2025 fest:

- | | |
|---|-----------|
| 1. für die Grundsteuer | |
| a. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 350 v. H. |
| b. für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 470 v. H. |
| 2. für die Gewerbesteuer auf | 400 v. H. |
- der Steuermessbeträge.

**§ 3
Feld- und Waldwegebeitrag**

Der Feld- und Waldwegebeitrag wird festgesetzt auf 15,00 €/ha

**§ 4
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft. Die Satzung gilt bis zur öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Kalenderjahr 2025.

Steinwenden, den 04.12.2024



Ralf Guckenbiehl, Ortsbürgermeister

Hinweis gemäß § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Ramstein-Miesenbach, 04.12.2024



Ralf Hechler, Bürgermeister